


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 27.11.2019

Sitzungsort:	Rathaus, Altes Archiv, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:02 Uhr
Ende:	18:38 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin:	Frau Rothe-Beinlich
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Behandlung von Anfragen	
4.1.	Garten der Begegnung am Berliner Platz Fragesteller: Fraktion DIE LINKE., Herr Kolditz hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister Berliner Platz	2103/19

- | | | |
|------|---|----------------|
| 4.2. | Entwicklung der Zahlen der Empfänger für Eingliederungshilfe
Fragestellerin: Fraktion FDP, Frau Hantke
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 2106/19 |
| 5. | Behandlung von Entscheidungsvorlagen | |
| 5.1. | Förderung des Sozialkaufhaus "Bummi-Kaufhaus" der AWO AJS gGmbH im Jahr 2020
BE: Leiter des Amtes für Gesundheit und Soziales | 2241/19 |
| 6. | Festlegungen des Ausschusses | |
| 6.1. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 30.10.2019 zum TOP 6.1 Sachbericht des ZIM; hier: Sachstand zur Umsetzung des elektronischen Aufenthaltstitels
BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt | 2299/19 |
| 7. | Informationen | |
| 7.1. | Qualitätsbericht 2018 zum Ökumenischen Suchthilfzentrum (ÖSHZ)
BE: Leiter Amt für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen: Vertreter des Trägerverbundes | 1974/19 |
| 7.2. | Qualitätsbericht 2018 zum Sucht- und Drogenhilfzentrum der SiT
BE: Leiter Amt für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen: Leiter SiT-Suchthilfe in Thüringen gGmbH | 1975/19 |
| 7.3. | Sonstige Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und alle Gäste.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es wurden keine Änderungen der Tagesordnung geäußert.

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form einstimmig bestätigt.

3. Dringliche Angelegenheiten

Dem Ausschuss lagen keine dringlichen Angelegenheiten zur Beratung vor.

4. Behandlung von Anfragen

4.1. Garten der Begegnung am Berliner Platz

2103/19

Fragesteller: Fraktion DIE LINKE., Herr Kolditz

hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister Berliner Platz

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., bat darum, dass der Ortsteilbürgermeister vom Berliner Platz, Herr Dr. Geist, ein paar Rückmeldungen geben kann. Sie schlug vor, die Nutzbarmachung des Gartens ähnlich wie beim Garten der Generationen, Roter Berg, zu gestalten und appellierte an die Stadtverwaltung ein Gespräch mit der Leitung des Seniorenclubs zu führen.

Herr Dr. Geist bedankte sich für die Behandlung der Thematik und wies daraufhin, dass die Beantwortung aus seiner Sicht leider keine Lösungsansätze aufzeigt. Er teilte mit, dass seit dem Wechsel der Leitung des Seniorenclubs die Zugänglichkeit des Garten der Begegnung nicht mehr so gewährleistet wird, wie damals. Er merkte an, dass in den letzten Jahren viel Geld, auch aus Mittel des Ortsteilrates, in den Garten der Begegnung investiert wurde und dieser auch entsprechend genutzt werden sollte. Er nahm Bezug auf den Vorschlag der Stadtverwaltung einen gemeinnützigen Verein zum "Garten der Begegnung" zu gründen und erklärte, dass entsprechende Ansätze erfolgten, jedoch eine negative Auskunft des Finanzamtes Erfurt in Bezug auf die Gemeinnützigkeit eingegangen sei. Die Begründung

sei, dass der Verein zu kommunalnah sei. Er schlug vor, die Beantwortung des Finanzamtes Erfurt an die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend weiterzuleiten. Er nannte als eine weitere mögliche Lösung als Hauptakteur des Gartens der Begegnung das Angliedern des am Berliner Platz ansässigen Stadtteilbüro "Treff- und Informationspunkt (Th.INKA)".

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, bat darum, dass die Stadtverwaltung Erfurt hilfsbereit bei einer Vereinsgründung dem Ortsteilrat Berliner Platz zur Seite steht. Sie merkte an, dass sie für einen einfacheren Weg plädiert.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend sicherte ein Gespräch mit den ehrenamtlich engagierten Personen zu.

Herr Mroß, Fraktion SPD, bedankte sich für die Beantwortung und merkte an, dass er positiv zur Kenntnis genommen hat, dass die Stadtverwaltung an einer Lösung interessiert ist. Offenbar entstünden die vermehrten Probleme hinsichtlich der Nutzung durch die Schlüsselübergabe aufgrund des anderen Arbeitszeitregiems der Leitung des Seniorenclubs.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, sprach sein Unverständnis hinsichtlich der Begründung des Finanzamtes Erfurt in Bezug auf eine Vereinsgründung aus. Er erklärte, dass jede Kindertageseinrichtung einen Förderverein hat und hier, folgt man der Erklärung des Finanzamtes, eine Gemeinnützigkeit nicht möglich sei. Er wies daraufhin, dass vielmehr die Fragen der Haftung, Schlüsselösungen etc. schnellst möglich geklärt werden müssten und sprach seine Zustimmung zu einer Vereinsgründung aus.

Frau Pelke, Fraktion SPD, wies daraufhin, dass das Ehrenamt nicht weiter überstrapaziert werden sollte, da die Ehrenamtlichen diverse Aufgaben erledigen. Sie sprach sich für eine schnelle und unkomplizierte Lösung mit dem Ortsteilrat Berliner Platz aus und bat um entsprechende Gespräche zusammen mit der Leitung des Seniorenclubs.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend sicherte ein Gespräch mit dem Ortsteilbürgermeister Berliner Platz, der Leitung des Seniorenclubs, dem Quartiersmanagement und dem Amt für Soziales und Gesundheit zu.

Der zuständige Mitarbeiter des Amtes für Soziales und Gesundheit bedankte sich für das Engagement des Ortsteilbürgermeisters und des Ortsteilrates am Berliner Platz und erklärte, dass die Rahmenbedingungen für die Nutzung des Gartens der Begegnung angepasst werden könnten. Er berichtete den Ausschussmitgliedern, dass eine Angliederung an Th.INKA nicht möglich sei, da die Tätigkeiten förderfähig sein müssten.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, bat um eine entsprechende Berichterstattung, wenn das Gespräch erfolgte bzw. wenn eine Lösung gefunden ist. Dies wurde durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend zugesichert.

zur Kenntnis genommen

- 4.2. **Entwicklung der Zahlen der Empfänger für Eingliederungshilfe** 2106/19
Fragestellerin: Fraktion FDP, Frau Hantke
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Frau Hantke, bedankte sich für die Beantwortung. Sie erkundigte sich nach den Ursachen der zunehmenden Zahlen der Empfänger für Eingliederungshilfe. Weiterhin fragte sie nach einer absoluten Zahl der Empfänger im Jahr 2019 und wie die Stadtverwaltung Erfurt der weiter zunehmenden Entwicklung der Empfängerzahlen vorbeugen möchte.

Folgende Festlegung wurde zu Protokoll gegeben:

<p>1. Welche konkreten Ursachen gibt es für den Zuwachs der Zahlen der Empfänger für Eingliederungshilfe in der Landeshauptstadt aus Sicht der Stadtverwaltung Erfurt?</p> <p>2. Wie ist die absolute Zahl der Empfänger im Jahr 2019?</p> <p>3. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung Erfurt den weiter steigenden Empfängerzahlen entgegenzuwirken?</p> <p>V.: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend T.: 22.01.2020</p>	<p>DS 2574/19</p>
---	-----------------------

zur Kenntnis genommen

5. **Behandlung von Entscheidungsvorlagen**
- 5.1. **Förderung des Sozialkaufhaus "Bummi-Kaufhaus" der AWO AJS gGmbH im Jahr 2020** 2241/19
BE: Leiter des Amtes für Gesundheit und Soziales

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, führte zu den Hintergründen der Notwendigkeit der Förderung des "Bummi-Kaufhauses" aus.

Die Ausschussvorsitzende stellte die Drucksache mit folgendem Ergebnis zur Abstimmung

beschlossen Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung beschließt die Förderung des Sozialkaufhauses "Bummi-Kaufhaus" in Trägerschaft der AWO AJS gGmbH im Jahr 2020 i. H. v. 10.000,00 EUR.

6. Festlegungen des Ausschusses

6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 2299/19 30.10.2019 zum TOP 6.1 Sachbericht des ZIM; hier: Sach- stand zur Umsetzung des elektronischen Aufenthaltstitels BE: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass die technische Realisierung bei der Bundesdruckerei und bei dem Verfahrenshersteller (Kommunix – Fachverfahren ADVIS) vollständig abgeschlossen ist und auch funktioniert. Sie wies daraufhin, dass bei der Ausstellung der elektronischen Aufenthaltstitel mit einem Mehraufwand und damit einhergehend längeren Wartezeiten für Terminvergaben gerechnet werden muss. Hierzu können jedoch zum jetzigen Zeitpunkt keine genauen Angaben gemacht werden.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, merkte an, dass bei der Ersterstellung des elektronischen Aufenthaltstitels ein Mehraufwand entstehe, jedoch sich die weiteren Termine zeitlich verringern, da danach die Karte eingelesen werden kann.

Frau Herold, Fraktion AfD, fragte nach, welche personelle Konsequenzen sich durch den Mehraufwand abzeichnen.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend stellte klar, dass durch den elektronischen Aufenthaltstitel kein personeller Mehrbedarf entsteht. Der Mehrbedarf an Personal in der Ausländerbehörde ist durch die Zuwanderung von ca. 15.500 Flüchtlingen/ Migrantinnen in den vergangenen Jahren entstanden. Dadurch war ein schnelles Abarbeiten der Anträge nicht möglich.

Herr Smettan, sachkundiger Bürger, nahm Bezug auf das Personal und die räumliche Unterbringung in der Ausländerbehörde und erkundigte sich, ob eine Lösung in Sicht dafür sei. Seine eigenen Recherchen ergaben, dass ein Online-Terminvorschlag für die Ausländerbehörde erst am 30.04.2020 zu bekommen war. Daher fragte er nach, ob es auch "Akutsprechstunden" gibt. Er merkte an, dass Online bei den Gesprächen ein zeitlicher Rahmen von 15 Minuten angegeben wird und wies auf die zeitliche Inanspruchnahme von 40 Minuten bei der Erstaussstellung des elektronischen Aufenthaltstitels gemäß der Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache hin. Vor diesem Hintergrund plädierte er für eine Anpassung der Zeitangabe.

Frau Sittig, sachkundige Bürgerin, teilte mit, dass es eine "Akutsprechstunde" in der Ausländerbehörde gibt.

Herr Vogt, Referent des Bereiches Oberbürgermeister, erklärte das Verfahren bei der Erstellung des Aufenthaltstitels. Er merkte an, dass die Thematik schon öfters im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung beraten wurde.

Frau Rothe-Beinlich regte an, dass dem Ausschuss nach etwa einem viertel Jahr ein Erfahrungsbericht in Bezug auf die Ausstellung des elektronischen Aufenthaltstitels und in diesem Zusammenhang auch der Entwicklung der Wartezeiten vorgelegt wird. Hierbei könnten auch Vergleichszahlen von anderen Städten hinsichtlich des zeitlichen Aufwandes für die Erstaussstellung des elektronischen Aufenthaltstitels beigelegt werden. Dagegen erhob sich kein Widerspruch. V.: Beigeordneter für Sicherheit und Umwelt T.: 01.04.2020	DS 2575/19
---	---------------

zur Kenntnis genommen

7. Informationen

7.1. Qualitätsbericht 2018 zum Ökumenischen Suchthilfzentrum (ÖSHZ) 1974/19 BE: Leiter Amt für Soziales und Gesundheit hinzugezogen: Vertreter des Trägerverbundes

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, beantragte für die anwesende Vertreterin der Evangelischen Stadtmission das Rederecht. Hiergegen erhob sich von Seiten der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Die Vertreterin der Evangelischen Stadtmission führte zu den Angeboten des Suchthilfenzentrums aus und informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass zum 1. Mal eine Befragung unter den Klienten und Klientinnen erfolgte. Die Umfrage ist ausgewertet und von den Klienten und Klientinnen kam eine positive Rückmeldung bezüglich der erfolgten Arbeit und den Angeboten.

Die Ausschussvorsitzende bedankte sich für den Bericht und die geleistete Arbeit.

Frau Hantke, Fraktion FDP, erkundigte sich inwieweit ein Qualitätsmanagement erfolgt. Die Vertreterin des Trägerverbundes erklärte, dass ein Qualitätsmanagement nicht in der Leistungsvereinbarung enthalten sei und somit auch nicht umgesetzt werden kann.

Frau Herold, Fraktion AfD, bedankte sich für den vorliegenden Qualitätsbericht und erkundigte sich, ob nach Einschätzung der Trägervertreterin die psychoaktiven Drogen "auf dem Vormarsch sind".

Die Vertreterin der Evangelischen Stadtmission erklärte, dass der Schwerpunkt des Ökumenischen Suchthilfezentrums (ÖSHZ) auf die alkoholkranken Klienten und Klientinnen gerichtet ist.

Daher hinterfragte Frau Herold, welche Maßnahmen ergriffen werden, wenn ein Klient/ eine Klientin mit einer Drogensucht sich an das Ökumenische Suchthilfezentrum wendet. Die Vertreterin der Evangelischen Stadtmission teilte mit, dass natürlich ein Gespräch angeboten und auch an das Sucht- und Drogenhilfezentrum der SIT verwiesen wird.

Frau Rothe-Beinlich fragte nach, ob in der vom Träger durchgeführten Umfrage auch offene Fragen z.B. "Was wünschen Sie sich an weiteren Angeboten?" oder "Wo sehen Sie noch Bedarf?", gestellt wurden.

Die Vertreterin der Evangelischen Stadtmission informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass entsprechende Fragen in der Umfrage erfolgten, jedoch kaum Rückmeldungen diesbezüglich erfolgten. Den Grund dafür wissen sie leider nicht.

Herr Smettan, sachkundiger Bürger, nahm Bezug auf den vorliegenden Qualitätsbericht Seite 5 "Online-Beratung" und wollte wissen, wie viele diese Art der Beratung genutzt haben.

Die Vertreterin der Evangelischen Stadtmission erklärte, dass bei Kontaktaufnahme durch den Klient/ die Klientin innerhalb von 48 Stunden geantwortet wird. Im Jahr 2018 haben 134 Personen die Online-Beratung genutzt.

Herr Prof. Dr. Giese, sachkundiger Bürger, erkundigte sich, ob das Suchthilfezentrum sich ausreichend unterstützt findet oder ob noch Unterstützungsbedarf gegeben sei.

Die Vertreterin des Evangelischen Suchthilfezentrums teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass eine ausreichende Unterstützung im Bereich der Beratung gegeben ist. Jedoch vermehrt die Nachfragen hinsichtlich der Suchtprävention, gerade auch von Schulen, gegeben sei. Sie äußerte den Wunsch, dass die Suchtprävention mit in der Leistungsvereinbarung aufgenommen wird.

Frau Herold nahm Bezug auf die steigenden Zahlen der Alkoholkranken insgesamt und fragte nach, wie viele Klienten/ Klientinnen durch das Suchthilfezentrum erreicht werden.

Die Vertreterin der Evangelischen Stadtmission erklärte, dass es in diesem Bereich natürlich eine hohe Dunkelziffer gegeben sei und somit keine genauen Angaben getätigt werden können. Sie wies darauf hin, dass die Alkoholsucht seit Jahren gleichbleibend sei.

Frau Rudolph, sachkundige Bürgerin, nahm Bezug auf die Leistungsvereinbarung und fragte nach, in welcher Höhe der präventive Anteil beziffert sei.

Die des Trägerverbundes erklärte, dass 4 Veranstaltungen im Jahr dafür vorgesehen sind und diese auf zwei Standorte aufgeteilt werden.

Herr Smettan, sachkundiger Bürger, nahm Bezug auf die Spiele-App "Coin Master" und fragte nach, ob auch hier ein Fokus im Hinblick auf Spielsucht erfolgt.

Die Vertreterin der Evangelischen Stadtmission erklärte, dass das Problem bekannt sei und sich ca. 10 Klienten/ Klientinnen im Jahr mit einer entsprechenden Sucht melden. Sie sprach sich dafür aus, ein entsprechendes Angebot aufzunehmen.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, bedankte sich für die Arbeit im Suchthilfezentrum und für die Erarbeitung des Qualitätsberichtes. Er hinterfragte, ob ein Gefahrenpotential, insbesondere im Erfurter Norden, gesehen wird.

Die Vertreterin der Evangelischen Stadtmission erklärte, dass der Ausbau von Angeboten stetig erfolgen muss und auch die Sprechzeiten vor Ort implementiert werden müssen.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, bedankte sich im Namen der Ausschussmitglieder bei der Vertreterin der Evangelischen Stadtmission.

zur Kenntnis genommen

- 7.2. Qualitätsbericht 2018 zum Sucht- und Drogenhilfezentrum der SiT 1975/19**
BE: Leiter Amt für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen: Leiter SiT-Suchthilfe in Thüringen gGmbH

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, beantragte für die Vertreter des Sucht- und Drogenhilfezentrums das Rederecht. Hiergegen erhob sich von Seiten der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Die Vertreterin des Sucht- und Drogenhilfezentrums führte zu dem Qualitätsbericht 2018 aus und informierte die Ausschussmitglieder über die aktuelle Lage. Sie merkte an, dass es große Probleme bei Klienten/ Klientinnen ohne festen Wohnsitz gibt, da diese oft nicht krankenversichert sind. Erneut ist zu konstatieren, dass die Beschaffung von Facharzt-Terminen für die Betroffenen schwierig sei.

Frau Hantke, Fraktion FDP, erkundigte sich, ob eine Anamnese bei der Erstberatung erfolgt. Die Vertreterin des Sucht- und Drogenhilfezentrums nahm hierzu Stellung und erläuterte, dass die Erarbeitung eines kompletten Anamnese-Bogens nicht erfolgt, weil sich insbesondere die Fortschreibung schwierig gestaltet.

Frau Fischer, Fraktion CDU, nahm Bezug auf die 122 Kinder, die im Haushalt der Klienten/ Klientinnen leben und erkundigte sich, in diesem Zusammenhang nach der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt.

Die Vertreterin des Sucht- und Drogenhilfezentrums teilte den Ausschussmitgliedern das Verfahren in diesen Fällen mit und dass die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt gut verläuft.

Frau Sittig, sachkundige Bürgerin, ging auf die Statistik in Bezug auf den Konsum von Cannabis und Crystal ein. Weiterhin erkundigte sie sich über das Verfahren zur Festlegung "ohne festen Wohnsitz".

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend erklärte den Ausschussmitgliedern, dass die entsprechende Handlungsgrundlage aus dem Bundesmeldegesetz hervorgeht. Der zuständige Abteilungsleiter im Amt für Soziales und Gesundheit teilte mit, dass das Ziel immer ist, die Klienten/ Klientinnen in ein "normales" Leben einzugliedern und der Status "Ohne festen Wohnsitz OFW" der allerletzte Weg sei.

Frau Rothe-Beinlich fragte nach, wie hoch der Anteil an Klienten/ Klientinnen ohne festen Wohnsitz in Erfurt ist und ob diese auch ohne Krankenversicherung medizinisch behandelt werden.

Die Vertreterin des Sucht- und Drogenhilfezentrums nahm hierzu Stellung und teilte mit, dass es immer Personen gibt, welche sich nicht an Regeln halten wollen bzw. können. Diese oft selbst gewählte Einschätzung der Menschen müsse aber schließlich akzeptiert werden. In der Folge gäbe es immer Personen ohne festen Wohnsitz.

Der zuständige Abteilungsleiter des Amtes für Soziales und Gesundheit merkte an, dass grundsätzlich kein Hilfebedürftiger ohne eine Krankenversicherung leben muss. Die Sozialgesetzgebung habe entsprechende Möglichkeiten entwickelt. Er teilte mit, dass durch den Malteser Hilfsdienst eine medizinische Versorgung auch ohne entsprechende Krankenversicherung stattfindet. Er schlug vor eine Lösungsmöglichkeit zur Frage der Klassifizierung "ohne festen Wohnsitz" zu prüfen.

Herr Prof. Dr. Giese, sachkundiger Bürger, bedankte sich für das Engagement und schlug eine Unterstützung durch die Fachhochschule Erfurt vor.

Frau Herold erkundigte sich, ob es genügend Notschlafstellen für Personen ohne festen Wohnsitz in Erfurt gibt und um wie viele es sich dabei handelt.

Die Vertreterin des Sucht- und Drogenhilfezentrums erklärte, dass 8 Plätze im Knackpunkt zur Verfügung stehen. Jedoch die Öffnungszeiten, da immer zwei Mitarbeiter/-innen in der Nachtschicht zur Verfügung stehen müssen, angepasst werden mussten (21:30-07:30 Uhr). In der Winterzeit sind diese Zeiten nicht unproblematisch (Dunkelheit). Sie teilte mit, dass ca. 90 % der Klienten / Klientinnen ohne festen Wohnsitz sind und 2-3 Fälle eine Wohnung erhalten haben. Sie informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass in dem Sucht- und Drogenhilfezentrum eine Wohngemeinschaft von 3 Personen existiert. Hier soll getestet werden, ob die Klienten/ Klientinnen sich an die vorgegebenen Regeln halten.

Herr Smettan, sachkundiger Bürger, nahm Bezug auf die im Sachbericht aufgeführten "Einmalkontakte" und hinterfragte die Gründe.

Die Vertreterin des Sucht- und Drogenhilfezentrums erklärte, dass die Einmalkontakte meist fremdmotiviert sind und die Sucht-Not in dem Moment meistens sehr hoch sei.

Frau Rudoph, sachkundige Bürgerin, schilderte ihre Erfahrung mit der Problematik "ohne festen Wohnsitz".

Herr Smettan nahm Bezug auf die Staatsangehörigkeit der Klienten/ Klientinnen und erkundigte sich, ob die Gründe bekannt sind, dass der Anteil der Migranten/Migrantinnen so niedrig ist. Er merkte an, dass die Bekanntheit der Anlaufstelle in den Kreisen vielleicht zu gering sei.

Der Vertreter des Sucht- und Drogenhilfezentrums erklärte, dass diese in ihren familiären Strukturen Halt und Hilfe finden und daher das Sucht- und Drogenhilfezentrum nicht ansteuern.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, bedankte sich für den Qualitätsbericht und die Beantwortung der Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

7.3. Sonstige Informationen

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, informierte zur durchgeführten Wahl des Ausländerbeirates.

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzende

gez. 
Schriftführerin